

**Bischof Prof. Dr. Martin Hein , Kassel**

**„Denk ich an Deutschland“**

*Vortrag in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel, 5. Juni 2019.*

Europa hat gewählt. Nicht nur in Deutschland hat das Ergebnis ein Beben ausgelöst, dessen Folgen noch gar nicht abzusehen sind. Entscheidungen über den künftigen Weg der Europäischen Union stehen an – und sie sind konflikt-haltig: Wer wird neuer Kommissionspräsident aufgrund welcher parlamentari-schen Konstellation? Weitet sich der Machtkampf zwischen Europäischem Rat und Europäischem Parlament aus? Und wie geht es in Deutschland mit der Großen Koalition weiter angesichts des miserablen Ergebnisses für CDU und SPD?? Einstweilen kommt einem Bertolt Brecht in den Sinn: „Wir stehen selbst enttäuscht und sehn betroffen / Den Vorhang zu und alle Fragen offen“.

Aber über meinem heutigen Vortrag steht kein Zitat von Brecht, sondern der berühmte Vers aus Heinrich Heines Zyklus „Zeitgedichte“: „Denk ich an Deutschland in der Nacht / Dann bin ich um den Schlaf gebracht.“ Um Befind-lichkeiten soll es sich also handeln – und wie wir damit umgehen. Und das Ganze nicht als allgemeine politische Zeitdiagnose, sondern aus einer kirchli-chen Perspektive!

Ich glaube, Heines Vers trifft die Stimmung vieler Menschen. Es ist die Sorge, die in Deutschland grassiert. Die Sorge hat, zumindest gegenwärtig, die Ener-gie, unsere Gesellschaft zu verunsichern oder sogar zu spalten. Spätestens seit der so genannten „Flüchtlingswelle“ von 2015 ist eine Art von tiefer Irritation, ja Ängstlichkeit zu spüren, die sich fatalerweise ständig selbst verstärkt: Die Ver-unsicherung verunsichert, die Ängstlichkeit wirkt beängstigend. Zugleich erle-ben wir eine neue Hemmungslosigkeit, die, verstärkt durch das Internet und die technischen Möglichkeiten der anonymen Kommunikation, schwer zu greifen oder gar einzudämmen ist.

Was ist los in Deutschland? Und was ist los in Europa? Man könnte mit Heinrich Heine, diesem großen Europäer, auch sagen: „Denk ich an Europa in der Nacht“: der Brexit, die Gelbwesten-Bewegung, die absurde Regierungskonstellation in Italien, der unverkennbare Rechtsruck in Ungarn und Polen, die Krise in Österreich, aber auch das Erstarren rechtsradikaler, identitärer oder offen faschistischer Parteien und Gedanken in Musterländern der Demokratie wie Dänemark und Deutschland kann einen schon bekümmern. Und – wieder an Heine anknüpfend: Wie kann es sein, dass der Antisemitismus in Europa so sehr erstarkt, dass er jüdischen Menschen Angst macht?

Haben wir in Deutschland eigentlich Grund zum Jammern, haben wir Anlass zu Angst und Furchtsamkeit, ist das Land wirklich einem Zustand, der nur noch extreme politische Optionen als attraktiv erscheinen lässt?

Die Lage ist widersprüchlich. Während wir auf der einen Seite ein sich ständig radikalisiertes Geschrei vernehmen, von dem sich leider auch die politischen Parteien immer mehr jagen lassen, zeigen Umfragen, dass die breite Mehrheit der Deutschen zufrieden und glücklich ist und mit der Migrationsfrage eher entspannt umgeht. Das schlägt sich auch politisch in der Tendenz zu so etwas wie einer liberal-konservativen schwarz-grünen Mitte nieder, die in den Wählerumfragen und Wahlergebnissen deutlich zu erkennen ist, die in zwei Bundesländern zur Regierungsbildung führte und in Bayern zumindest eine denkbare Option war. Und wir erinnern uns sehr gut: Auch die Bildung einer schwarz-grün-gelben Bundesregierung, die – wenn ich recht sehe – die Stimmung in der Bevölkerung recht gut abgebildet hätte, ist eher an persönlichen Eitelkeiten denn an programmatischen Gegensätzen gescheitert.

Just im Jahr 2015, das uns heute als Krisenjahr erscheint, begann ein Wirtschaftswachstum, das die öffentlichen Kassen – und auch die der Kirchen – mit so viel Geld vollspülte, dass es ansatzweise ganz neue Verteilungsdebatten gab. Nirgendwo brach jenes Chaos aus, das angesichts der Migration beschworen wurde. Im Gegenteil! Die Ereignisse von 2015 haben ein bis heute anhaltendes bürgerschaftliches Engagement auf die Beine gestellt, wie wir es in der Bundesrepublik schon lange nicht mehr hatten. Verfolgt man jedoch die mediale

Berichterstattung, schaut man Talkshows oder Politiksendungen, bekommt man bisweilen den Eindruck, Deutschland stehe am Abgrund.

All dies ist doch positiv zu vermerken – und es ist umso beachtlicher, zumal wir zugleich seit dreißig Jahren die deutsche Einheit als eine historische Aufgabe zu bewältigen haben. Bei allem, was uns umtreibt, bei allem, was uns irritiert oder angesichts der sozialen Ungleichheit in Europa und der drängenden Fragen des Klimawandels zum Handeln nötigt: Wir haben wahrlich Grund, dankbar zu sein! Wir leben in Frieden und Freiheit und – gemessen an der Situation anderer Länder – in unbeschreiblichem Wohlstand. Wie anders war das noch zur Zeit von Heinrich Heine!

Heine schrieb das Gedicht, das 1844 veröffentlicht wurde, im französischen Exil. Er hatte keine politische Heimat in Deutschland und teilte das Schicksal vieler kritischer Intellektueller. In der Zeit der Restauration nach dem Wiener Kongress war die Luft in Deutschland stickig und eng, zugleich aber waren es vorrevolutionäre Zeiten. Die beginnende Industrialisierung schuf soziale Ungerechtigkeiten und soziale Brennpunkte, auf die es weder eine angemessene Wahrnehmung noch passende Antworten. Das „Gespenst des Kommunismus“ begann auf durchaus reale Weise in Europa umzugehen, wie es Karl Marx und Friedrich Engels in ihrem Kommunistischen Manifest vier Jahre später, 1848, beschrieben.

Man sollte meinen, dass Heinrich Heine ein politisches Gedicht geschrieben hätte. So wird es meist zitiert und verwendet. Aber in Wahrheit verzehrt er sich vor Sehnsucht nach seiner Mutter. Er erlebt sein Exil vor allem als persönlichen Schmerz. Und so ist für ihn Politik die Ermöglichung eines persönlichen, selbstbestimmten Lebens in Freiheit, die eben keine Grenzen zwischen Menschen aufbaut, sondern Begegnung und Gemeinschaft ermöglicht. Es überrascht mich sehr, dass sein Text genau darin so aktuell ist – und nicht nur auf einer vordergründig politischen Ebene.

Ich glaube, dass wir das in Zeiten pauschaler Urteile und verallgemeinernden Geschreis besonders im Blick behalten müssen: Wir haben es in den Jahrzehnten der deutschen Teilung als besonders schmerzlich erlebt, dass die Mauer

durch Familien hindurchging und sie voneinander trennte. Und ich erinnere daran, dass die ersten Schritte zur Entspannung, die ersten Schritte der beiden deutschen Staaten aufeinander zu unter dem Namen der „Familienzusammenführung“ stattfanden, dass es um die Möglichkeit des kleinen Grenzverkehrs unter Nachbarn ging und dass dies als große Erleichterung erfahren wurde – allemal in Hessen und Thüringen, wo die Menschen unter der Trennung besonders zu leiden hatten.

Haben wir das alles vergessen? Haben wir vergessen, was Mauern und Grenzen bedeuten? Der große Europäer Heinrich Heine kann uns mit der Sehnsucht nach seiner Mutter daran erinnern, was innereuropäische Freizügigkeit und das Asylrecht bedeuten: dass Menschen gut leben können.

Hier sehe ich eine wichtige Aufgabe der Kirchen in Europa: das Bewusstsein für diese – wenn man so will – vor- oder überpolitische Dimension von Politik wachzuhalten. Denn der christliche Glaube überschreitet seinem Anspruch und seiner Herkunft nach Grenzen und Völker, auch wenn wir zugestehen müssen, dass sich das Christentum als Religion gerade in seiner europäischen Gestalt allzu oft vor den Karren des Nationalismus, Chauvinismus und des Rassismus hat spannen lassen. Das darf nie wieder geschehen!

Es ist daher durchaus erschreckend zu sehen, dass sich z. B. in Ungarn oder in Russland wieder „Nationalkirchen“ zu bilden beginnen, die unheilige Allianzen eingehen. Aber wenn ich mich nicht ganz täusche, hat die christliche Theologie in all ihren konfessionellen Gestalten aus der Geschichte gelernt. Der Widerstand gegen solche nationalistischen Bestrebungen regt sich; und es ist spannend zu sehen, wie etwa in Polen ein Katholizismus entsteht, der sich der Umarmung durch die rechtskonservative PiS-Partei entzieht, oder wie im laizistischen Frankreich die Kirchen auf muslimische Menschen zugehen.

Jenseits der politischen Differenzen von konservativ, progressiv, liberal oder grün-ökologisch treten die Kirchen – gerufen vom Evangelium, das sich aller Parteipolitik stets entzieht – als politischer Faktor im Sinne einer öffentlichen Stimme in Erscheinung.

Das mag nicht allen gefallen: den einen nicht, weil sie die Kirchen gerne für ihre parteipolitischen Interessen in Anspruch nehmen, den anderen nicht, weil sie uns am liebsten überhaupt nicht mehr sehen. Doch es gibt gute Gründe auch seitens der Politik, die Kirchen zumindest wahrzunehmen: Allzu leicht wird in rein säkularen Denkweisen die Rolle religiöser Überzeugungen bei der Stimmungsmache und Radikalisierung übersehen, und allzu leichtfertig wird damit umgegangen, dass es auch einen christlichen Fundamentalismus gibt, der in manchen Teilen eine gewisse Affinität zu rechtspopulistischen Denkweisen zeigt.

Im März diesen Jahres erschütterte der entsetzliche Mordanschlag auf zwei Moscheen in Neuseeland die Welt: Der Täter sah sich als christlicher Kreuzritter. Das Internet als Resonanzboden fördert auch solche Formen von Religiosität und Frömmigkeit, die nur durch einen öffentlichen Diskurs über die Rolle der Religion sichtbar, erkennbar und eingedämmt werden können.

Die etablierten Kirchen müssen sich freilich in vielem genauso wandeln, wie es das Politiksystem tun muss. Die katholische Kirche ist darauf durch das Thema „sexualisierte Gewalt“ gestoßen worden, aber auch die protestantischen Kirchen haben danach zu fragen, wie sie in Zukunft in modernen, pluralistischen und vielstimmigen Gesellschaften Kirche sein wollen und wie sie sich überzeugend Gehör verschaffen.

Wir hatten in Deutschland als Kirchen schon früh die Initiative zur Überwindung der Grenzen ergriffen: Ich erinnere an die so genannte „Ostdenkschrift“ der Evangelischen Kirche in Deutschland, die 1965 veröffentlicht wurde. Sie rief zur Versöhnung mit Polen auf und löste eine heftige gesellschaftliche Diskussion aus, die man in weiten Teilen heute als „Shitstorm“ bezeichnen würde, die aber gleichwohl viel in Bewegung brachte, weil sie den Fokus darauf legte, was die deutsche Teilung und die Versöhnung mit den Ländern des damaligen Ostblocks für die Menschen bedeutete. Auch auf römisch-katholischer Seite wurde dies gegenüber Polen aktiv propagiert. Im gleichen Jahr baten deutsche und polnische Bischöfe einander um Vergebung für das Leid des Zweiten Weltkriegs. Mitten im Kalten Krieg und zum Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils signalisierte dieser Briefwechsel den Beginn der Versöhnung.

Politik darf niemals die einzelnen Menschen aus den Augen verlieren. Wenn Sie dieser Aussage zustimmen, dann ist der Bogen geschlagen zur Frage unseres Umgangs mit den vielen Menschen, die zu uns nach Deutschland und nach Europa gekommen sind. Das Gedicht Heinrich Heines macht uns darauf aufmerksam, was diese Menschen bewegt. Ich bin davon überzeugt, dass viele nachts wach liegen und es ihnen sinngemäß etwa durch den Kopf geht: „Denk ich an Syrien in der Nacht.“

Wir haben als Deutsche in unserer Geschichte verheerende Erfahrungen mit Krieg, Flucht und Vertreibung gemacht. Bis heute leben wir unter den Folgen des von uns verursachten größten Genozids der Geschichte. Wir müssen also besonders sensibel sein! Und es ist zutiefst beunruhigend, wie sich hier die Einstellung wandelt. Ist es ein ehernes Gesetz der Geschichte, dass die Generation der Enkel anfängt, die Fehler ihrer Großeltern zu relativieren oder gar zu wiederholen? Das kann doch nicht sein!

Deutschland war – wie Europa – stets nie nur eine Realität, es war immer auch eine Idee und ein Projekt. Das schimmert durch Heines Gedicht hindurch. Diese Tatsache verlieh der deutschen Politik gelegentlich einen Zug von Innerlichkeit, der leicht irrationale Züge annehmen konnte. Das Deutschland, in dem wir heute leben, ist das Ergebnis verheerender Kriege, die mindestens so viele Verletzungen erzeugten, wie sie fragile Friedenszustände schufen.

Freilich mit *einer* Ausnahme, und da haben wir eine wunderbare, auch gesamt-europäisch tragfähige Erinnerung: die friedliche Revolution von 1989! Hier ging es – im Rückblick ein wahres Wunder! – ohne Blutvergießen ab, weil bürgerschaftliches Engagement und der Mut Einzelner und kleiner Gruppen größer und stärker waren als der Wille eines diktatorischen Staates, sich selbst zu erhalten. Das ist eine einmalige historische Erfahrung, die wir nie aus dem Blick verlieren dürfen!

Es waren vor allem Christen und – in unterschiedlicher und im Rückblick nicht immer unproblematischer Art und Weise – die Kirchen, die den Bürgermut be-

feuerten, die den Protesten Raum gaben und die sich um Formen friedlicher Auseinandersetzung bemühten.

Das soll all denen ins Stammbuch geschrieben sein, die als angeblich „patriotische Europäer“ meinen, das Abendland retten zu müssen, aber doch letztlich nur in überholten nationalistischen Spuren wandeln. Wir stehen als Kirchen auch von rechts unter Druck, und gerade in der AfD gibt es nicht nur die so genannten „Christen in der AfD“, sondern auch offen kirchenfeindliche Stimmen, die alte Muster der antireligiösen Propaganda wieder hervorholen, von denen wir dachten, dass sie längst in den Archiven gelandet werden. Bis in die Reihen der etablierten Politik bekommen wir den Vorwurf „linksgrün-versiffter Positionen“ zu hören, wenn wir unseren Auftrag zur Verkündigung von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung wahrnehmen, wie ihn die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver 1983 formuliert hat.

Die zunehmende religiöse Unbildung – die man nicht mit persönlicher Religionslosigkeit verwechseln sollte – tut das Ihre dazu, verhängnisvolle Gedankengebilde zu schaffen, die der Religionswissenschaftler und Antisemitismusbeauftragte der Württembergischen Landesregierung, Michael Blume, mit dem treffenden Begriff der „Verschwörungsmythen“ beschreibt. Denn es handelt sich hier eben nicht um „Theorien“, wie das traditionelle Wort für dergleichen Konglomerate wirrer Überzeugungen lautet, sondern um Konstrukte, die die klassische, welterklärende und gemeinschaftsstützende Funktion von Mythen übernommen haben. Damit aber bekommen sie etwas Quasi-Religiöses, und das sollte man nicht unterschätzen.

Hier sehe ich eine große Bildungsaufgabe in unserem Land. Die Frucht der Einheit darf kein neuer Nationalismus sein, der sich aus Abgrenzung und Ausgrenzung heraus versteht. Und das gilt erst recht für Europa!

Die deutsche Einigung muss als Teil eines europäischen Einigungsprozesses verstanden werden, denn in einem geeinten Europa können wir unsere Identität als Deutsche bewahren und das, was in unserer Geschichte stark war, einbringen. Die Erfahrung, dass es möglich war, eine scheinbar völlig unüberwindliche

Grenze zu Fall zu bringen, gehört seit dem 9. November 1989 unbedingt zu unserer deutschen Identität dazu. Und die Erfahrungen, die wir bei der Überwindung der Folgen der Teilung gemacht haben, gehören ebenso dazu.

Nach dreißig Jahren Mauerfall können wir sagen: „Wir haben viel geschafft.“ Nur ist es nicht gelungen, das als ziemlich beispiellosen historischen Erfolg zu kommunizieren – wie es übrigens auch nicht gelingt, die Früchte der europäischen Einigung bis auf die Ebene hinunter zu kommunizieren, die am meisten davon profitiert: In Deutschland jedenfalls sind die antieuropäischen Reflexe gerade in jenen Regionen oft sehr stark, die am stärksten gefördert werden.

Aber vielleicht liegt auch gerade hier ein Problem. Vielleicht wurde gerade hier mit zu wenig Einfühlung, mit zu wenig Zuhören und Eingehen auf die Menschen einfach nur Förderung verwaltet. Hört man manchen europakritischen Stimmen in Deutschland zu, kann man diesen Eindruck gewinnen, als gäbe es eine Art europäisch-paternalistischen Kolonialismus, der die Menschen beglückt, aber nicht mitnimmt. Das dürfen wir nicht einfach überspielen oder beiseite wischen!

Allen Bedenken und aller Ernüchterung zum Trotz, die auf den Rausch der Einheit folgten, stehen wir besser da als vorher. Nicht ohne Grund kamen die geflüchteten Menschen gerade zu uns! Das sollten wir als großes Kompliment wahrnehmen. Man traute uns zu, diese Aufgabe zu bewältigen! Und wir haben sie weitgehend bewältigt!

Zu den großen Paradoxien in Deutschland gehört, dass aus der Wirtschaft einhellig der Ruf kommt, Deutschland zu einem Einwanderungsland zu gestalten. Das ist beruhigend: Die furchtbare Allianz von Wirtschaft und Rechtsradikalismus, die 1933 die Katastrophe überhaupt erst ermöglichte, ist bei uns nicht gegeben. Dafür aber eine Allianz von Politikverdrossenheit, mangelnder politischer Bildung und dem Gefühl von Abgehängt-Sein, gefördert von politischen Abenteurern und Hasardeuren, die wir ähnlich bei den Akteuren des Brexit am Werk sehen.

Dagegen lässt sich etwas tun: durch eine Allianz der europäischen Vernunft, zu der auch die Kirchen ihren Beitrag zu leisten bereit sind. Wir tun das nicht we-



gen der ohnehin immer schon fragwürdigen Idee eines christlichen Abendlandes, sondern wegen der Menschen, um die es geht. Europa ist ein einmaliges Projekt, das wir nicht aufs Spiel setzen dürfen!

„Denk ich an Deutschland in der Nacht“, bin ich persönlich nicht um meinen Schlaf gebracht. Ich fühle mich nicht fremd, in Deutschland nicht und nicht in Europa! Aber ich sehe als Bürger und als Repräsentant einer evangelischen Kirche, welche Aufgaben vor uns liegen. Wir wollen dazu beitragen, dass Humanität in Deutschland gewährleistet bleibt und Europa sich auf seine besten Traditionen besinnt. Dieses Engagement ist Ausdruck christlicher Verantwortung!

Das Stichwort heißt „interkulturelles Lernen“. Unsere Gesellschaft wird sich verändern, und wir tun alle gut daran, diesen Prozess aktiv zu gestalten und zu begleiten. Der spezifische, aber nicht exklusive Beitrag des christlichen Glaubens dazu ist die Stärkung von Vertrauen und Hoffnung und die nachdrückliche Erinnerung an den Auftrag Jesu zur Nächstenliebe, die in der Feindesliebe ihre eigentliche Spitze findet! Die Angst malt Szenarien des Schreckens, der Glaube malt Szenarien des Gelingens. Das ist mehr als ein bloßes „Wir schaffen das“, es ist ein „Wir können es schaffen – mit Gottes Hilfe“.

Religion spielt in der Politik wieder eine überraschend große Rolle: Die Kirchen ihrerseits möchten einen Beitrag dazu leisten, dass es eine gute, stärkende und stützende Rolle sein kann und dass die Religion nicht wieder zum Steigbügelhalter für menschenverachtende Systeme oder zur Rechtfertigung totalitärer Politikformen herhalten muss. Das gefällt nicht allen, die von einem rein laizistischen Europa oder Deutschland träumen. Ich kann nur raten, da genauer hinzuschauen und das Phänomen „Religion“ differenzierter wahrzunehmen.

Darin sind wir uns im Übrigen auch mit all jenen Muslimen einig, die die Okkupation ihrer Religion durch Fanatismus und Chauvinismus mit großer Sorge betrachten. Der „European Council of Religious Leaders“ hat sich deutlich positioniert, und der Politik auch in Brüssel täte es gut, hier einen starken Verbündeten für grenzüberschreitendes Denken zu entdecken.

Als Kirchen sind wir bereit und entschlossen, uns an der Entwicklung einer humanen Gesellschaft weiterhin zu beteiligen und den Prozess der europäischen Einheit voranzutreiben.

Mit den Tugenden der Feindesliebe, der Besonnenheit und der Bereitschaft zum Dienst am Nächsten bringen wir Bedenkenswertes mit – und wir bringen all die Menschen mit, die bereit sind, sich für das Wohlergehen unseres Landes und Europas zu engagieren.

Die deutsche Einheit wurde uns vor dreißig Jahren unverhofft geschenkt, die Europäische Einigung wurde nach einem Jahrhundert voller Blut, Schweiß und Tränen hart errungen. Wir müssen sie in den kommenden Jahren weiterentwickeln und ausgestalten! Nicht, damit wir gut schlafen können. Sondern damit wir gut leben können: in Einigkeit und Recht und Freiheit für alle!

**ekkw.de-Internetservice**

© Dieses Dokument ist urheberrechtlich geschützt und elektronisch im Internet abrufbar unter <http://www.ekkw.de>. Bei Fragen zu diesem Dokument wenden Sie sich bitte an die ekkw.de-Onlineredaktion im Medienhaus der Evangelischen Kirche von Kurhessen- Waldeck, Heinrich-Wimmer-Str. 4, 34131 Kassel, Tel.:(0561) 9307-124, Fax (0561) 9307-188, E-Mail: [internetredaktion@medio.tv](mailto:internetredaktion@medio.tv)